

Carsten Lotz

Kandidat für den SPD-Landesvorsitz

PRESSEMITTEILUNG

6. Mai 2026

Koalitionsvertrag von Grün-Schwarz vergisst das Rückgrat der baden-württembergischen Wirtschaft: Kaum ein Wort zu Handwerk und beruflicher Bildung

Der SPD-Kandidat für den Landesvorsitz, Carsten Lotz, hat den Koalitionsvertrag von CDU und Grünen analysiert. Sein Befund: Der Vertrag benennt die richtigen Herausforderungen, schweigt aber weitgehend zu zwei strukturellen Themen, die für die Zukunft des Landes entscheidend sind: Handwerk und berufliche Bildung.

„Wenn die Elektriker fehlen, hilft die Digitalisierungsstrategie nicht.“ — Carsten Lotz

Der Koalitionsvertrag von Grünen und CDU benennt richtige Herausforderungen: den globalen Wettbewerbsdruck, den Wandel der Automobilindustrie, den Rückstand bei Digitalisierung und Infrastruktur. Er verspricht Investitionen in Technologie, Forschung und Klimaschutz. Dazu wünscht man der zukünftigen Regierung viel Erfolg. Das Papier verweist zu Recht auf die Stärken des Landes: eine F&E-Quote von 5,7 Prozent des BIP – EU-Spitze, weit vor dem Bundesdurchschnitt von 3,2 Prozent – und eine Exportstärke, die 16 Prozent des gesamten deutschen Exports ausmacht. Man darf bei aller Krisenstimmung nicht vergessen, dass es dem Land im Vergleich sehr gut geht und dass es alle Voraussetzungen hat, auch in Zukunft erfolgreich zu sein.

Das Problem an diesem Vertrag ist nicht, was darin steht. Das Problem ist, was nicht darin steht.

Während die öffentliche Debatte sich fast ausschließlich auf den Strukturwandel in der Automobilindustrie und im Maschinenbau konzentriert, vollzieht sich daneben ein zweiter, stiller Strukturwandel, der für das Land eine mindestens genauso große Tragweite haben wird. In den nächsten fünf Jahren suchen bis zu 23.000 Handwerksbetriebe in Baden-Württemberg einen Nachfolger (Handwerk BW / Institut für Mittelstandsforschung Bonn, 2024). Nur einer von fünf findet derzeit einen Interessenten – ein historischer Tiefstand (BWIHK, 2024). Bäckereien und Metzgereien, Schreinereien und Zimmereien, Elektro- und Installationsbetriebe schließen nicht, weil die Kundschaft wegbleibt – sondern weil ihnen Personal und Nachfolger fehlen. Dasselbe gilt auch für die Gastronomie.

Das ist nicht nur ein wirtschaftliches Problem. Das Handwerk beschäftigt in Baden-Württemberg fast 600.000 Menschen und erzielt einen Jahresumsatz von rund 120 Milliarden Euro (Statistisches Landesamt BW, 2024). Das ist ein soziales Problem: Wenn der Handwerker vor Ort fehlt, funktioniert das Leben in unseren Städten und Gemeinden nicht mehr richtig. Bisher war es selbstverständlich, dass Elektriker oder Installateure bei Notfällen schnell da waren und dass man mit Freunden oder der Familie abends oder am Wochenende etwas essen gehen konnte. Diese Selbstverständlichkeit bröckelt schon.

Der Koalitionsvertrag nennt zwar Absichtserklärungen, aber kein konkretes Programm, keine Finanzierung, keine Zielzahl. Das wird dem Ausmaß des Problems nicht gerecht.

Bei der Automobilindustrie hingegen versprechen Grüne und CDU, „alles dafür zu tun, dass das Auto der Zukunft hier gebaut wird“. Das ist eine noble Absicht. Doch die Möglichkeiten des Landes sind begrenzt. Der gesamte Landeshaushalt 2026 umfasst 69 Milliarden Euro. Allein Mercedes-Benz erzielte letztes Jahr einen Umsatz von 132 Milliarden: fast das Doppelte.

Politik braucht einen Sinn für das Machbare. Sonst enttäuscht sie. Und genau hier schließt sich eine Frage an, die der Koalitionsvertrag ebenfalls nicht stellt: Wo bilden wir die Handwerkerinnen und Handwerker von morgen aus? Schulpolitik spielt seit Jahren keine gestaltende Rolle mehr, weil CDU und Grüne sich in der Schulstrukturfrage nicht einig sind und sich verständigt haben, „in dieser Legislatur keine Schulstrukturdebatte zu führen.“ Das im Koalitionsvertrag erwähnte „umfassende Bildungspaket“ aus der letzten Legislaturperiode war im Wesentlichen eine Reform des Gymnasiums: zurück zu G9, inklusive der dafür neu benötigten Lehrerinnen und Lehrer.

Gemeinschaftsschulen, Realschulen, Hauptschulen und Berufsschulen kommen bei den Parteien, die nach eigener Aussage eine „moderne bürgerliche Politik“ machen wollen, nur am Rande vor. Dabei sind bis 2030 mehr als 10.000 Stellen an allgemeinbildenden Schulen zu besetzen (Kultusministerium BW) und rund 21.000 an Berufsschulen (GEW, 2024). Die Antwort des Koalitionsvertrags: ein kostenloses Mittagessen für Kinder an Startchancen-Schulen (Koalitionsvertrag CDU/Grüne BW, 2026–2031, S. 49). Das ist gut. Aber das ersetzt keine gute Bildung.

Wir müssen die Frage beantworten, wie wir an diesen Schulen echte Ganztags-Bildung organisieren – nicht nur Ganztags-Betreuung. Laut Sondierungspapier wollten CDU und Grüne das Smartphone an Schulen verbieten. Das findet sich nicht mehr im Vertrag. Aber ein Verbot wäre ohnehin keine Antwort auf die Frage, wie Schülerinnen und Schüler lernen, mit den Technologien umzugehen, die ihre Arbeitswelt prägen werden. Auch keine Antwort auf die Frage, wie dafür gesorgt werden soll, dass nicht jedes Jahr mehr als 6.000 Jugendliche die Schule ohne Abschluss verlassen (Statistisches Landesamt BW, 2024, eigene Berechnung).

In keiner politischen Rede fehlt das Lob derer, die man nicht sieht und die das Land am Laufen halten. Im Koalitionsvertrag von Grün-Schwarz kommen sie nicht vor. Vor lauter Begeisterung für Exzellenz und Spitze hat man sie vergessen. Das könnte uns noch auf die Füße fallen. Die SPD hatte für diese Fragen immer ein besonderes Gespür. Es ist gefragt denn je.

„Ein warmes Mittagessen ist keine Bildungspolitik.“ — Carsten Lotz

Kontakt:

Dr. Carsten Lotz, Kandidat für den Landesvorsitz der SPD Baden-Württemberg;
presse@kandidatur.carstenlotz.de; www.kandidatur.carstenlotz.de ; mobil: +49 174 316438

Zu Carsten Lotz: 49 Jahre, seit 28 Jahren Mitglied der SPD. Autor und Dozent. Bis 2023 bei McKinsey mit den Schwerpunkten Infrastruktur, erneuerbare Energien und Schienenverkehr.